

# Geschichte und „staatliche Ideologienpolitik“

## Frühjahrstagung der ZFI in Ingolstadt

VON BERND KALLINA

„Mensch, Umwelt, Krieg und Weltordnung“, so hieß das Thema der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), die am 21. Mai ihre Frühjahrstagung in der bayerischen Donaustadt durchführte. Einstiegsthema und Auftaktvortrag befassten sich mit der erfolgreichen Abwehr des Angriffs des bayerischen Verfassungsschutzes auf die renommierte ZFI. Die weiß-blauen Schlapphüte hatten 2019 bei der ZFI einen angeblichen „extremistischen Revisionismus“ in verfassungsfeindlicher Absicht ausgemacht, mussten aber vor dem Münchener Verwaltungsgericht im Juli 2020 eine herbe Niederlage hinnehmen. Die Einstufung war rechtswidrig, die ZFI gewann den Prozess.

Doch was heißt „Revisionismus“ überhaupt und warum operiert eine staatliche Behörde der Bundesrepublik Deutschland, die eigentlich die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit verteidigen sollte, mit diesem Ausgrenzungsinstrument? Auf diese Fragen ging Regierungsdirektor i.R. Josef Schüsselburner sachkundig ein. Der Revisionismus-Vorwurf spielte, ausgehend von Ausführungen Eduard Bernsteins zum Marxismus, eine große Rolle in der sozialistischen Bewegung und wurde mit Machtergreifung kommunistischer Parteien eine maßgebliche Vorwurfskategorie des Staates gegen politische Opposition, erläuterte Schüsselburner.

Trotz der Unterschiedlichkeit der politischen Verhältnisse, die eine Gleichsetzung des deutschen Verfassungsschutz-Regimes mit kommunistischen Verfolgungs-

maßnahmen verbieten, so der Referent, sei ein Vergleich erkenntnisfördernd. Der ZFI-Referent: „Es geht in beiden Fällen um staatliche Ideologienpolitik, weil bestimmte gedankliche Konstruktionen als Legitimitätsgrundlage der politischen Ordnung angesehen werden“. Hierbei werde staat-

wilder Natur aufzuzeigen. Ein ‚natürliches Gleichgewicht‘ zwischen Natur und Mensch habe es auch bei menschlichen Urgesellschaften nicht gegeben. Archäologische Untersuchungen wiesen vielmehr auf schwere Eingriffe in die Natur seitens des Menschen schon vor Zehntausenden von



Während der ZFI-Frühjahrstagung am Rednerpult: Regierungsdirektor i.R. Josef Schüsselburner, rechts: ZFI-Vorsitzender Dr. Stefan Scheil

Blitz Bernd Kallina

liche Nach-Zensur ausgeübt und auch die Zielrichtung der staatlichen Ideenbekämpfung geht tendenziell in dieselbe Richtung, nämlich um einen Kampf gegen „Rechtsabweichler“ im Kommuni-

### „Die unschuldige Urgesellschaft ist ein linker Grundsatz-Irrtum.“

nismus und gegen den „Rechtsextremismus“ in der BRD-Demokratie.

Der ZFI-Vorsitzende, Stefan Scheil, widmete seinen Vortrag dem Tagungsthema, „Mensch, Umwelt und neue Weltordnung“. Dabei schlug er einen weiten Bogen, um den historischen Dauerkonflikt zwischen menschlicher Besiedlung und gewachsener,

Jahren hin. Als Beispiele nannte Scheil unter anderem die Besiedlung Australiens, Neuseelands und Amerikas, die jeweils mit nachweisbaren Veränderungen in Flora und Fauna und dem Verschwinden vor allem großer Tierarten verbunden gewesen seien. Auch die vergleichbar primitiven Mittel der Menschen dieser Zeit reichten für solche Eingriffe aus.

Des Weiteren unterstrich er, dass menschliche Eingriffe – historisch gesehen – immer sowohl Dauerschäden als auch Kulturlandschaften geschaffen hätten. Der Mythos der unschuldigen Urgesellschaft sei dagegen ein Grundsatzirrtum linker Geschichtsdeutung. Es sei daher gefährlich, den heutigen Herausforderungen auf einem von

vielen Milliarden Menschen bevölkerten Planeten mit solchen historischen Irrtümern abhelfen zu wollen, denen ein unrealistisches Menschenbild zugrunde liege. Eine Antwort auf anstehende Krisen und Probleme sei eher in einer bewussten Nutzung von Hochtechnologie zu sehen, stellte Scheil in Aussicht. Im Bereich der Energiewirtschaft nannte er die Kernenergie als Option. Dem Dauerkonflikt selbst sei aus historischer Sicht nicht auszuweichen.

Zum Abschluss des Treffens stellte General a.D., Dieter Farwick, per Impulsreferat seine Sicht des Russland-Ukraine-Krieges dar, was zu einer kontroversen Diskussion führte. Dabei ging er mit verkürzten Sichtweisen vieler „Putin-Versteher“ ins Gericht. Farwick, der bei der programmatischen Putin-Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 vor Ort war, bezeichnete die damaligen Ausführungen des Autokraten als klare Absage jeglicher sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit dem Westen. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Jahre 2014 war eine der Folgen dieser Rede, was im Westen kaum angemessen beachtet worden sei, so der Referent. Auch das Minsker Abkommen wurde im Westen nicht genutzt, um Putin-Russland als kriegsbereit und damit „realistisch“ einzuschätzen. Die Quittung wurde dann im Februar 2022 durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine präsentiert.

Mehrere Diskussionsredner empfanden das Farwick-Narrativ als zu einseitig. Auch die USA und ihre westlichen Verbündete hätten eine erhebliche Mitschuld am Ausbruch des Krieges, so die Linie der Widerreden. ◆